

Partei	generelle Aussagen zum Thema Pflege
SPD	Pflegebedürftigkeit darf kein Armutsrisiko sein (Seite 31) Chancen der Digitalisierung nutzen (Seite 32)
CDU/CSU	Strukturen in der Gesundheits- und Pflegeversorgung in Stadt und Land stärken (Seite 7) Pflege darf kein Armutsrisiko sein (Seite 69) Weniger Bürokratie, Verzahnung und ggf. Zusammenlegung von Heimaufsicht und Medizinischem Dienst (Seite 70)
Bündnis 90/ Die Grünen	Dokumentationspflichten und Bürokratie in der Pflege auf ein Mindestmaß reduzieren (Seite 41) Einfluss von Finanzinvestoren auf unsere Gesundheits- und Pflegeversorgung begrenzen und öffentliche und gemeinnützige Träger stärken (Seite 41) Bedürfnisse von LSBTIQ*-Personen besser berücksichtigen (Seite 52)
FDP	Einführung einer Verantwortungsgemeinschaft als Alternative zu traditionellen Familienstrukturen (Seite 30)
AFD	
Die Linke	Private Kapitalgesellschaften (insbesondere Private Equity) investieren in großem Stil in Pflegeeinrichtungen , das wollen wir stoppen. (Zeile 806-808) Pflege darf kein Armutsrisiko sein (Zeile 824)
Bündnis Sahara Wagenknecht	Pflegeheim darf nicht Armutsfalle sein (Seite 5) Soziale Marktwirtschaft mit einem starken Mittelstand, sozialem Zusammenhalt, Gerechtigkeit statt Gier, Aufstiegschancen und Wohlstand für alle, die sich anstrengen, und Gemeinwohl vor Kommerz, wo es ums Existentielle geht: bei Gesundheit, Pflege, Wohnen (Seite 10)

Partei	Bauen und Wohnen generell
SPD	<p>I-Kosten sollen zukünftig nicht mehr vollständig auf die Bewohner umgelegt werden (Seite 31)</p> <p>"Jeder Mensch hat ein Anrecht darauf, nicht nur ein Dach über dem Kopf, sondern Sicherheit und Geborgenheit in einem bezahlbaren Zuhause zu finden. Deshalb ist Wohnen für uns ein öffentliches Gut, das nicht allein dem privaten Markt überlassen bleiben darf. Das ist eine öffentliche Angelegenheit. Wir wollen den akuten Wohnraumangel mit einer Investitions-, Steuer- und Entbürokratisierungsoffensive überwinden und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen" (Seite 20)</p> <p>Pflegebedürftige und pflegende Angehörige sollen bei der Vergabe von sozialem Wohnraum bevorzugt werden (Seite 32)</p>
CDU/CSU	<p>"Bauen und Wohnen wieder bezahlbar machen. Dazu entschlacken wir das Bauordnungs- und Raumordnungsrecht grundlegend und reduzieren die Vorschriften spürbar und verantwortungsbewusst. Mit dem Gebäudetyp E – wie „Einfach“ – schaffen wir die Voraussetzungen für kostengünstigeres, aber sicheres Bauen. Mit einer befristeten Sonderregelung für angespannte Wohnungsmärkte erlauben wir bei Wohnungsbauvorhaben Ausnahmen vom geltenden Planungsrecht" (Seite 71)</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	<p>"Wir wollen da, wo Wohnraum fehlt, die Rahmenbedingungen für schnelles, möglichst preiswertes und klimaverträgliches Bauen schaffen. Dafür braucht es eine realistische Strategie. Der beste Weg liegt darin, vorhandenes Potenzial zu nutzen: bestehende Gebäude aufstocken, ungenutzte Büroflächen zu Wohnraum umwandeln, Dachböden ausbauen und leer stehende Gebäude wieder aktivieren. Mehrere Millionen Wohnungen könnten auf diesem Weg bereitgestellt werden. Hier muss nicht aufwendig neue Infrastruktur gelegt werden, was das Bauen einfacher und günstiger macht. Das scheitert bislang oftmals an rechtlichen Hürden und Bürokratie. Wir wollen dieses Potenzial nutzen. Dazu werden wir das Baurecht vereinfachen, Verfahren digitalisieren und bundesweit angleichen – davon profitieren alle Formen des Bauens. Übertriebene Anforderungen an bauliche Standards werden wir auf ein sinnvolles Maß zurückführen. Wir wollen es erleichtern, dass die Sanierung von Wohnungen mit Aufstockung oder Erweiterung verbunden wird. Wohnraum und Bauflächen dürfen kein Spekulationsobjekt sein. Steuerschlupflöcher bei Immobiliengeschäften, etwa über sogenannte Share Deals, sind deshalb zu schließen. Stattdessen stärken wir das Vorkaufsrecht von Kommunen. Den sozialen und gemeinnützigen Wohnungsbau unterstützen wir, indem im Bund die Fördermittel für sozialen Wohnungsbau erhöht werden. Gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen wollen wir besonders unterstützen. Die Neue Wohngemeinnützigkeit wollen wir weiter stärken" (Seite 33-34).</p> <p>Um die Finanzierung von klimafreundlichen Sanierungen zu erleichtern, wollen wir sanierte Gebäude einfacher als taxonomiekonform anerkennen. Komfortables, preiswertes und klimaverträgliches Bauen bedarf technischer und rechtlicher Innovationen – es ermöglicht auch neue Formen des Zusammenlebens. Dieses neue Zusammenspiel sollten wir als Gesellschaft mithilfe des Instruments des Reallabors unkompliziert ausprobieren und daraus lernen" (Seite 34)</p>
FDP	<p>"Wir Freie Demokraten werden die steuerlichen Abschreibungen im Wohnungsbau verbessern – das macht Investitionen attraktiver und schafft schneller neuen Wohnraum. Die Sonderabschreibung des Wachstumschancengesetzes führen wir ohne unnötige Einschränkungen fort. Mit einem sofortigen Baukostenmoratorium stoppen wir staatliche Kostentreiber. Wir beschleunigen Genehmigungsverfahren, schaffen überflüssige Umweltgutachten ab und geben dem Wohnungsbau Vorrang. Mit einheitlichen Anforderungen und bundesweiten Genehmigungsstandards bringen wir das serielle Bauen voran. Wir werden überzogene Bau-Auflagen abbauen und auf sinnvolle Mindeststandards bei Gebäudeenergie, Brand- und Gesundheitsschutz sowie Statik reduzieren. Der von uns auf den Weg gebrachte Gebäudetyp E sollte eine Blaupause für die Entrümpelung des Baurechts sein" (Seite 42-43)</p>
AFD	<p>"Nach dem Subsidiaritätsprinzip sind Entscheidungen zum Baurecht den Nationalstaaten vorzubehalten. Die kostentreibenden Vorschriften der EU in diesem Bereich lehnen wir ab. Zum Schutz von Eigentum und Bestand vor veränderten Bauvorschriften muss immer das Baurecht aus dem Erstellungszeitraum anwendbar bleiben" (Zeilen 391-396)</p> <p>"Wohnungsbaugenossenschaften sollen bei der Vergabe von öffentlichen Grundstücken bevorzugt werden" (Zeile 404-405)</p>
Die Linke	<p>"Wir wollen die neue Wohngemeinnützigkeit zum Instrument machen für mittelfristig 30 Prozent gemeinnützige Wohnungen. Mit Steuerbefreiungen und Privilegierung bei Fördermitteln und öffentlichen Grundstücken wollen wir starke Anreize zur Beteiligung zum Aufbau eines gemeinnützigen Wohnungsmarktsektors schaffen, in dem sich die Mieten an den realen Kosten orientieren und die Profite gedeckelt werden. Wir wollen das kommunale Vorkaufsrecht wieder einführen und stärken. Mit einem (Re-)Kommunalisierungsfond sollen Kommunen unterstützt werden Wohnungen in die öffentliche Hand (zurück) zu holen. Wir setzen uns für ein preislimitiertes Vorkaufsrecht ein, das sich nicht am spekulativen „Marktpreis“ orientiert, sondern an bezahlbaren Mieten (sozialer Ertragswert) für die Bewohner*innen" (Zeile 254-263)</p> <p>"Wir wollen gemeinnützigen Neubau fördern statt mit Investoren!" (Zeile 266)</p> <p>"Der altersgerechte Umbau von Wohnungen durch kommunale und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen ist vorrangig mit staatlichen Mitteln zu unterstützen. Wir wollen eine Quote für altersgerechte und barrierefreie Wohnungsangebote und ein gesetzliches Räumungsverbot gegenüber älteren Menschen. Wohnungstauschbörsen mit Mietpreisbindung wollen wir fördern. Seniorengerechtes, betreutes Wohnen muss in die Richtlinien des sozialen Wohnungsbaus mit bundesweiten Qualitätsstandards verankert werden" (Zeile 701-706)</p>
Bündnis Sahara Wagenknecht	

Partei	Zukünftige Finanzierung von Pflege
SPD	<p>Auswirkungen der Inflation abfedern (Seite 20) jährliches Familienbudget für Alltagshelfer (Seite 26) gemeinsames solidarisch finanziertes Pflegesystem, Beendung von Nebeneinander gesetzlicher und privater Pflegeversicherung (Seite 31) Im ersten Schritt private Pflegeversicherung in Risikostrukturausgleich zwischen Pflegekassen einbeziehen (Seite 31) Begrenzung Eigenanteile in stationärer Langzeitpflege auf 1000 Euro/Monat (Seite 31)</p>
CDU/CSU	<p>Vorsorge bezahlbar machen durch Finanzierungsmix aus gesetzlicher Pflegeversicherung, betrieblicher Mitfinanzierung, Steuermitteln sowie eigenverantwortlicher Vorsorge. Pflegezusatzversicherungen können Finanzierungslücke der Pflege schließen, bessere steuerliche Absetzbarkeit solcher Modelle wird geprüft. Ziel ist die bestmögliche Absicherung der pflegebedingten Kosten. (Seite 69)</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Pflege muss wieder bezahlbar werden. Für einen Sozialstaat ist es unwürdig, wenn Menschen am Ende eines langen Arbeitslebens aufgrund von Pflegebedürftigkeit auf Sozialhilfe angewiesen sind. Wir haben die Leistungen der Pflegeversicherung bereits erhöht und sorgen weiter für benötigte Entlastung der Pflegebedürftigen. (Seite 40) Bürgerversicherung wird neben den gesetzlich Krankenversicherten auch die Privatversicherten einbeziehen. (Seite 41)</p>
FDP	<p>Finanzierung der Pflege muss diversifiziert werden, das umlagefinanzierte System der sozialen Pflegeversicherung soll als Teilleistung beibehalten werden und zur Stabilisierung der Beitragssätze soll es um eine kapitalgedeckte Komponente ergänzt werden. Zudem sollen mehr Anreize für private Pflegevorsorge sowie die Gleichbehandlung von betrieblicher Pflegevorsorge und Betriebsrente entstehen (Seite 34)</p>
AFD	<p>Versicherungsfremde Leistungen sind aus dem Bundeshaushalt zu finanzieren. (Zeile 846-847) Durch Beenden der Zweckentfremdung können Leistungen erhöht werden werden. (Zeile 851-852)</p>
Die Linke	<p>gerechtes Rentensystem mit solidarischer Erwerbstätigenversicherung auch für Beamte, Selbständige, Manager, Abgeordnete (Zeile 610-612) solidarische Gesundheits- und Pflegeversicherung, in die alle einzahlen, die Beitragsbemessungsgrenze fällt weg (Zeile 730- 738) Pflegevollversicherung soll alle pflegerischen Leistungen abdecken, auch Eigenanteil (Zeile 739-741)</p>
Bündnis Sahara Wagenknecht	<p>Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege, in die alle Bürger einzahlen, Abschaffung von Zusatzbeiträgen. (Seite 5) Pflegevollversicherung, überwiegend aus Steuermitteln finanziert (Seite 5)</p>

Partei	ambulante und stationäre Versorgungsformen - Sichtweisen
SPD	<p>umfassende Modernisierung notwendig (Seite 16) für verlässliches System sorgen (Seite 20) Kommunen sollen mehr Entscheidungsmöglichkeiten haben, wo und in welcher Trägerschaft sich Einrichtungen und Pflegedienste ansiedeln (Seite 32)</p>
CDU/CSU	<p>häusliche Pflege und die Situation der Angehörigen verbessern, pflegerische Leistungen müssen flexibler einsetzbar sein (Seite 7) Häusliche Pflegesituation in den Mittelpunkt stellen und die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stärken, mehr Vereinfachung durch ein Pflegebudget, das flexibel für pflegerische Leistungen eingesetzt werden kann. (Seite 69) Pflege ganzheitlich denken: Stationäre und ambulante Einrichtungen sollen mehr Gestaltungsmöglichkeiten in der Versorgung bekommen. Wohn- und Betreuungsformen mit Versorgung durch Angehörige und professionelle Dienste sollen starre Sektorengrenzen abbauen. (Seite 70)</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	<p>Pflegebedürftigen Menschen sollen die Pflege erhalten, die sie benötigen, ob durch Fachkräfte oder Zugehörige, zu Hause oder in einer Einrichtung. Menschen sollen sich darauf verlassen können, würdevoll behandelt zu werden, wenn sie der Pflege benötigen. Angebote im Quartier sollen gefördert werden auch um Pflegebedürftigkeit hinauszuzögern. (Seite 40) Zugang zur Tagespflege soll verbessert und Angebote ausgebaut werden.(Seite 41)</p>
FDP	
AFD	
Die Linke	<p>Entlastung für Menschen mit Pflegebedarf und ihre pflegenden Angehörigen durch wohnortnahe, nichtkommerzielle und von einer solidarischen Pflegevollversicherung abgedeckte professionelle Tages- und Kurzzeitpflege sowie unbürokratisch zugängliche Entlastungsangebote. (Zeile 847-850)</p>
Bündnis Sahara Wagenknecht	

Partei	Personal und Arbeitsbedingungen Pflege
SPD	<p>"Zudem setzen wir uns weiterhin für gute Löhne ein: Die Stabilisierung der Kranken- und Pflegeversicherung wird finanziellen Spielraum schaffen, um tarifgebundene Gehälter zu refinanzieren. Darüber hinaus wollen wir die Zusammenarbeit aller Gesundheitsberufe stärken, mehr Durchlässigkeit schaffen und die Befugnisse von Pflegefachpersonen erweitern. Gleichzeitig werden wir den Zugang zu Weiterbildung und gesundheitsfördernden Maßnahmen erleichtern" (Seite 32)</p>
CDU/CSU	<p>"Eine zukunftsfeste Pflege braucht Menschen, die in den vielfältigen Berufen arbeiten. Um dem Personalnotstand entgegenzuwirken, setzen wir auf attraktive Arbeitsbedingungen wie planbare Einsatzzeiten und Springerpools zum Abfedern von Belastungsspitzen, Aufstiegsmöglichkeiten, neue Berufsbilder und Anwerbungen im Ausland. Gleichzeitig unterstützen wir den Einsatz und die Zusammenarbeit multiprofessioneller Teams und von Fachkräften unterschiedlicher Qualifikationsstufen. Wir stärken die Rolle von Pflegefachpersonen in der gesundheitlichen Versorgung und vereinfachen Dokumentationsprozesse, die viel Zeit in Anspruch nehmen" (Seite 70)</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	<p>"Pflegekräfte brauchen Arbeitsbedingungen, die ihnen die Zuwendung zu ihren Patient*innen möglich machen. Fachkräfte, die aufgrund von Überlastung den Job verlassen haben, wollen wir mit einer Rückkehrhoffensive zurückgewinnen. Hunderttausende wären dazu bereit, wenn sich die Arbeitsbedingungen verbessern – dazu zählt auch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dieses Potenzial wollen wir durch Beratung, die weitere Umsetzung höherer Personalschlüssel, mehr Kompetenzen für den Pflegeberuf und bessere Aufstiegchancen nutzen. Wir wollen die Ausbildungsbedingungen verbessern und für die Pflegeassistenz vereinheitlichen. Und wir wollen Dokumentationspflichten und Bürokratie in der Pflege auf ein Mindestmaß reduzieren, damit Pflegekräfte wieder dafür Zeit haben, wofür sie ihren Beruf gewählt haben: den Menschen" (Seite 41)</p>
FDP	<p>"Wir wollen im Inland und Ausland mehr Pflegefachkräfte gewinnen. Dafür wollen wir Anerkennungsverfahren für ausländische Pflegekräfte drastisch vereinfachen. Durch digitale Anwendungen, Automatisierung und Robotik wollen wir maßgeblich zur Entlastung des Pflegepersonals beitragen" (Seite 33-34)</p>
AFD	
Die Linke	<p>"Gesundheitsberufe wie Apotheker*innen, Pflegekräfte, Therapeut*innen (Heilmittel), Hebammen, medizinische Fachangestellte und Notfallsanitäter*innen bringen ihre speziellen Kompetenzen mit und sind für eine gute Versorgung unentbehrlich. Sie sollen stärker eigenverantwortlich behandeln und versorgen können. Wir wollen die Befugnisse der Heilberufe ausweiten und eine fächendeckende Versorgung gewährleisten" (Zeile 792-797) "Es braucht 100 000 zusätzliche Pflegekräfte in den Pflegeheimen! Hunderttausende Pflegekräfte können sich vorstellen, in den Beruf zurückzukehren – bei besseren Arbeitsbedingungen. Die Berufe von Kranken- und Altenpflege sind zusammengelegt worden. Trotzdem besteht noch eine Lohnlücke von etwa 300 Euro: Sie muss geschlossen werden. Alle Pflegekräfte sind Fachkräfte und verdienen eine entsprechende Entlohnung" (Zeile 836-841).</p>
Bündnis Sahra Wagenknecht	

Partei	Positionierung Pflege
SPD	<p>"Wir wollen dafür sorgen, dass die Pflegebedürftigen und Angehörigen die benötigten Leistungen verlässlich erhalten, mit einem klaren Vorrang für die häusliche Pflege, damit die Betroffenen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Deswegen werden wir uns für mehr Zeitsouveränität für alle pflegenden Angehörigen und nahestehenden Personen durch die Familienpflegezeit und das Familienpflegegeld – analog zum Elterngeld – einsetzen. Zugleich werden wir die Beratung, Vernetzung und Anlaufstellen für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen ausbauen und neue Wohnformen verstetigen, um die bedarfsgerechte Pflegeinfrastruktur zu stärken" (Seite 31)</p>
CDU/CSU	<p>"Wir stellen die häusliche Pflegesituation in den Mittelpunkt und wollen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stärken. Wir wollen mehr Vereinfachung mit einem Pflegebudget erreichen, das flexibel für pflegerische Leistungen eingesetzt werden kann. Durch starke Netzwerke im direkten Umfeld und Chancen der Digitalisierung ermöglichen wir es weiterhin einer hohen Anzahl von Pflegebedürftigen, so lang wie möglich in den eigenen vier Wänden zu wohnen" (Seite 69)</p>
Bündnis 90/ Die Grünen	<p>"Alle pflegebedürftigen Menschen sollen die Pflege erhalten, die sie benötigen, egal ob durch Fachkräfte oder nahestehende Mitmenschen, ob zu Hause oder in einer Einrichtung. Wir wollen, dass Menschen sich darauf verlassen können, würdevoll behandelt zu werden, wenn sie der Pflege bedürfen. Wir wollen Angebote im Quartier, also vor Ort, fördern und so auch Pflegebedürftigkeit hinauszögern" (Seite 40)</p>
FDP	<p>"Zu einem freien und selbstbestimmten Leben gehört auch die bestmögliche Gesundheits- und pflegerische Versorgung bei stabilen Beiträgen" (Seite 31) "Wir Freie Demokraten befreien Pflegeanbieter von doppelten Prüfungen ohne Mehrwert, unnötigen Nachweis- und Dokumentationspflichten und überbordenden Vorgaben. Pflegenden Angehörige entlasten wir, indem Pflege und Beruf vereinbar werden. Zugleich wollen wir die Situation und besonderen Bedürfnisse pflegender Kinder und Jugendlicher in den Blick nehmen und niedrigschwellige Beratungsangebote ausbauen" (Seite 33)</p>
AFD	<p>"Die Situation der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen wollen wir erleichtern, indem wir die häusliche Pflege deutlich höher finanziell honorieren. So können es sich mehr Familien leisten, ihre pflegebedürftigen Angehörigen in vertrauter häuslicher Umgebung selbst zu betreuen. Die Unterstützung bei Krankheit oder Urlaubswunsch der pflegenden Angehörigen durch verbesserte ambulante und befristete stationäre Angebote ausgeweitet werden. Insgesamt werden so der Pflegebedürftige und pflegende Angehörige bessergestellt und gleichzeitig die Pflegekasse entlastet, da weniger und kürzere Heimbetreuungen anfallen" (Zeile 896-876)</p>
Die Linke	<p>"Wir wollen ein gesundes Leben unabhängig vom eigenen Geldbeutel in allen Lebensbereichen ermöglichen!" (Zeile 725-726) "Die Linke tritt für eine gute, fachdeckende, barrierefreie und bedarfsdeckende gesundheitliche Versorgung in Stadt und Land ein. Wir wollen kommunale Versorgungszentren als Rückgrat der wohnortnahen Gesundheitsversorgung fördern! Sie sollen zentrale Anlaufstelle für Patient*innen sein und die ambulante Versorgung mit akutstationären, notfallmedizinischen, psychotherapeutischen, (gemeinde-)pflegerischen und weiteren therapeutischen Behandlungen verbinden. Wir wollen, dass stationäre und ambulante Versorgung gemeinsam im Interesse des Gemeinwohls geplant und gestaltet wird" (Zeile 784-791). "Wir wollen Pflegekonzerne aus der stationären Pflege herausdrängen" (Zeile 828-829). "Wir wollen private Pflegeeinrichtungen in öffentliche Hand überführen" (Zeile 832-833).</p>
Bündnis Sahara Wagenknecht	

Partei	Quelle
SPD	https://mehr.spd.de/custom-static-assets/documents/Regierungsprogramm.pdf
CDU/CSU	https://www.politikwechsel.cdu.de/sites/www.politikwechsel.cdu.de/files/docs/politikwechsel-fuer-deutschland-wahlprogramm-von-cdu-csu-1.pdf
Bündnis 90/ Die Grünen	https://www.gruene.de/artikel/zusammen-wachsen
FDP	https://www.fdp.de/das-wahlprogramm-der-freien-demokraten-zur-bundestagswahl-2025
AfD	https://www.bundestagswahl-bw.de/fileadmin/bundestagswahl-bw/2025/Wahlprogramme/AfD_Leitantrag-Bundestagswahlprogramm-2025.pdf
Die Linke	https://www.die-linke.de/fileadmin/1_Partei/parteitage/Au%C3%9Ferordentlicher_Parteitag_25/Wahlprogramm_Entwurf.pdf
Bündnis Sahara Wagenknecht	https://www.bundestagswahl-bw.de/fileadmin/bundestagswahl-bw/2025/Wahlprogramme/BTW_2025_BSW_Kurzwahlprogramm.pdf